

Die SVP setzt sich ein für eine nachhaltige (Land-)Wirtschaft

Von Nationalrat Markus Hausammann, Langrickenbach

Die Agrarpolitik 2014/17 hat im zu Ende gehenden Jahr politisch viel Raum eingenommen. Für die produktive Thurgauer Landwirtschaft wird die Umsetzung zur echten Herausforderung. Das primäre Ziel bleibt, die Schweizer Bevölkerung mit sicheren, qualitativ hochstehenden inländischen Lebensmitteln zu versorgen. Dem müssen wir mit einer verantwortungsvollen und ressourcenschonenden Bewirtschaftung von Grund und Boden Rechnung tragen. Damit ist die Landschaftspflege aber weitgehend erfüllt. Es kann nicht sein, dass wir zusätzlich bestes Kulturland mit Fleiss aus der Produktion nehmen und die Lebensmittel aus allen Ländern der Erde her karren.

Die Initiative „Für Ernährungssicherheit“ des Schweizer Bauernverbandes (SBV), die im kommenden Jahr lanciert wird, zeigt den richtigen Weg auf. Der Bund muss die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln aus vielfältiger und nachhaltiger einheimischer Produktion mit wirksamen Massnahmen stärken. Nach dem sehr wichtigen Schulterchluss des SBV mit der Gruppe Joder kann die SVP die Initiative uneingeschränkt mittragen.

Die übrigen Forderungen an die Politik und Verwaltung sind in der Landwirtschaft die gleichen wie in der übrigen Wirtschaft. Sie versteht sich zu Recht auch als Teil davon. Das wird durch die grosse Bedeutung der Ernährungswirtschaft im Kanton Thurgau noch unterstrichen.

- Gemeinsam müssen wir uns für einen verantwortungsvollen Umgang mit der knappen Ressource Boden stark machen. Dazu gehört eine konsequente Siedlungsentwicklung nach innen ebenso, wie der Verzicht auf übertriebene Gewässerrenaturierungsprojekte. Die Mehrwertabgabe, die gemäss neuem Raumplanungs- respektive Planungs- und Baugesetz abgeschöpft wird, darf einzig und allein für die Redimensionierung von Bauzonen, die Sanierung von Industriebrachen und den Erhalt des Kulturlandes eingesetzt werden.
- Den bereits ansässigen und etablierten Unternehmungen und Betrieben ist vom Kanton die gleiche Aufmerksamkeit entgegenzubringen wie Neuansiedelungen. Einem hiesigen Betrieb der Expandieren will, ist bei der Standortfrage gleich zu unterstützen wie ein Aussenstehender.
- Zonenkonforme Bauten und Anlagen dürfen nicht durch unnötige zusätzliche Auflagen verteuert oder gar verhindert werden.
- Der administrative Aufwand für die Betriebe ist gering zu halten.
- Die dem Staat anvertrauten Gelder sind effizient einzusetzen und damit die Staatsquote tief zu halten.

Nachhaltig wirtschaftende Betriebsleiter und Unternehmer nehmen Rücksicht auf die Umwelt, sie müssen mit ihrer Arbeit in einem sozialverträglichen Umfeld aber auch etwas verdienen können!